

wieder hinausgeschoben im Vertrauen darauf, Rom würde eines Tages einlenken und seinen Herzenswunsch erfüllen: die Priesterbruderschaft – analog zur Regelung beim Opus Dei – zur Personalprälatur zu erheben. Neben Lefebvre steht der Priesterbruderschaft lediglich der 83jährige Altbischof von Campos/Brasilien, *Antonio de Castro Mayer*, zur Verfügung.

Lefebvres verschärfte Drohung mit einer Bischofsweihe fügt sich plausibel in ein Gesamtbild, das für ihn und die von ihm begründete Priesterbruderschaft weniger günstig aussieht: Setzte man bislang in den Reihen der Priesterbruderschaft noch einige Hoffnungen auf den Papst aus Polen, so hat dieser im vergangenen Jahr gleich zweimal den Graben zwischen den Lefebvrianern und der nachkonziliaren Kirche deutlicher denn je markiert: Seinen Besuch in der römischen Synagoge, vor allem aber das Friedensgebet der Religionen in Assisi vom letzten Herbst lasten die Traditionalisten dem Papst als eine in ihren Augen völlig unannehmbare Vermischung von wahrer und falscher Religion an, während Johannes Paul II. in Ansprachen zum Jahreswechsel demonstrativ auf den Geist von Assisi zu sprechen kam und dieses Ereignis als Katechese des vom Konzil gewollten ökumenischen und interreligiösen Dialogs bezeichnete. Das von Rom als Basis jeder Einigung verlangte *Ja zu allen Konzilsbeschlüssen* ist für Lefebvre und seine Anhänger mehr denn je eine unüberwindliche Hürde. Lefebvre in dem genannten Interview: „Religionsfreiheit, Ökumenismus und die konziliaren Reformen akzeptieren heiße für mich, zur Selbstzerstörung der Kirche beizutragen.“

In dem Maße, wie sich die Hindernisse auf dem Weg zu einer Einigung mit Lefebvre offenbar als unüberwindlich herausgestellt haben, scheint man in Rom nun zu versuchen, unterhalb der Ebene einer Gesamtlösung alle diejenigen aus dem Lefebvre-Umfeld wieder stärker an die Kirche zu binden, mit denen auch heute schon eine Verständigung möglich ist. Ein erster Versuch war das umstrittene Indult der Gottesdienstkongregation

vom Herbst 1984 (vgl. HK, November 1984, 496), das den Bischöfen die Möglichkeit gibt, unter bestimmten Bedingungen in begrenztem Umfang die Feier der Messe nach dem *Missale Romanum* von 1962 wieder zuzulassen. Diese Entscheidung mußte die Lefebvrianer der Sache nach natürlich hoffnungsvoll stimmen, sollte aber letztlich wohl eher dazu dienen, sie innerhalb der Gruppe der ihnen teilweise geistesverwandten Katholiken zu isolieren: Nutznießer dieser Regelung sind ja nur diejenigen, die nicht die Gültigkeit und Richtigkeit des nachkonziliaren *Missale Romanum* Pauls VI. in Zweifel ziehen.

Ein weiterer Schritt in diese Richtung dürfte nun die Einrichtung eines internationalen Ausbildungshauses mit Namen „*Mater Ecclesiae*“ für solche Seminaristen sein, die die Seminare Lefebvres verlassen wollen und noch nicht zum Priester geweiht sind (*Observatore Romano*, 8. 2. 87). Die Verantwortung hierfür liegt bei einer Kommission, bestehend aus den Präfekten der Klerus-, Unterrichts- und Glaubenskongregation, den Kardinälen *Innocenti*, *Baum* und *Ratzinger*. Eine erste Gruppe von Seminaristen soll bereits in Rom eingetroffen sein. Für den Fall einer Bischofsweihe durch Lefebvre samt den dann unvermeidlichen Folgen möchte Rom offenbar gerüstet sein. nt

Aufklärung

Aids und die Kritik der Bischöfe

Über Geschmack läßt sich bekanntlich streiten, bei Aufklärungskampagnen, die das Sexualverhalten berühren, besonders. Es läßt sich fragen, ob die von Bundesgesundheitsministerin *Rita Süßmuth* verantwortete, vom Bundesgesundheitsamt gestartete Anti-Aids-Kampagne im Anzeigen- und Textteil von Zeitungen und Magazinen in allem dem guten Geschmack entspricht oder ob demselben Ziel mit diskreteren Formulierungen nicht auch gedient wäre. Es läßt

sich sogar streiten, ob die Kampagne so zielführend ist oder ob massive Aufklärungssendungen in Funk und Fernsehen in der Sache nicht hilfreicher wären, denn es geht ja bei Aids nicht nur um einzelne gefährdete Gruppen mit bestimmtem Sexualverhalten, sondern um Aufklärung der Bevölkerung insgesamt.

Dennoch hat die Kritik des *Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz* an der Kampagne auch unter Katholiken einige Verwunderung ausgelöst. Grund dafür war weniger das, was die Bischöfe sagten. Soweit die Stellungnahme inhaltlich kritisiert wurde, war die öffentliche, vor allem innerkatholische Kritik auf verkürzte Wiedergabe der Stellungnahme zurückzuführen. Denn niemand wird – Katholiken schon gar nicht – bestreiten wollen, daß Bischöfe das Recht und auch die Pflicht haben, die Morallehre der Kirche auch vor der nichtkirchlichen Öffentlichkeit zu vertreten. Und daß zur menschlichen Sexualität Zucht und Maß gehören und diese sich an sittlichen Maßstäben zu orientieren habe, werden auch Menschen nicht bestreiten, die in ehelicher Treue und sexueller Enthaltbarkeit, wie sie die Bischöfe fordern, nicht den einzigen möglichen Weg menschenwürdigen sexuellen Verhaltens sehen. (Im Gegenzug dürften auch Bischöfe einräumen, daß eheliche Treue für sich allein ebenfalls noch kein menschenwürdiges Sexualverhalten garantiert.)

Wenn es zu der Erklärung der Bischöfe auch innerkatholische Kritik gegeben hat, dann richtete sich diese neben einzelnen Formulierungen des Textes vor allem darauf, daß die Bischöfe, die bisher in der Sache geschwiegen haben, ausgerechnet die Aufklärungskampagne der Gesundheitsbehörde zum Anlaß nahmen, um gegenzusteuern. Dabei ist allerdings verkannt worden bzw. nicht zum Tragen gekommen, daß erst ein schriftlicher „Hilferuf“ von Frau Süßmuth selbst an die Bischöfe deren Stellungnahme ausgelöst hat. Dennoch: das Aidsproblem bedürfte grundsätzlich und wegen der Ausmaße, die es inzwischen angenommen hat, einer

kirchlichen Darstellung, auch als Orientierungshilfe für die Beratungsstellen, an die sich Hilfesuchende wenden. Die Tatsache, daß kirchlich erst auf die Aufklärungskampagne – da aber um so entschiedener – reagiert wurde, zeigt einmal mehr, daß wir uns in der katholischen Kirche nach wie vor schwertun, zu neu auftauchenden Problemen jeweils rechtzeitig von der Sache her Hilfestellung zu geben und dabei die Funktionen von Staat und Kirche klar zu unterscheiden.

Man wird Rita Süßmuth trotz ihres eigenen Hilferufes kaum widersprechen können, wenn sie die Aktion ihres Ministeriums gegen die Intervention gegen die Bischöfe mit dem Argument verteidigt, man sei sich doch gewiß im Ziel der Bekämpfung von Aids einig, aber Staat und Kirche hätten verschiedene Aufgaben, und es gebe Wege, die der Staat leichter beschreiten könne als die Kirche, während es andere Wege gebe, die die Kirche besser gehen könne. Der Staat hat von sich aus nicht die Aufgabe, das sittliche Verhalten des einzelnen zu beurteilen oder gar zu regeln, sondern Schaden vom einzelnen und von der Allgemeinheit abzuwenden, der sich aus einem bestimmten Verhalten ergeben kann.

Die Kirche ihrerseits aber muß die damit zusammenhängenden ethischen Probleme verdeutlichen, ohne Aufgaben des Staates behindern zu wollen. So wie es der Präsident der EKD-Kanzlei, Hartmut Löwe, formuliert hat: Es gebe zwei Schritte; der erste sei der, den Partner und sich selbst nicht zu gefährden. Da Sexualverkehr mit wechselnden und unbekanntem Partnern nun einmal vorkomme, heiße das in dem Fall mindestens Kondome benutzen. Dem aber müsse als zweiter Schritt die Einsicht folgen, daß Aids eine Anfrage an einen verbreiteten Umgang mit Sexualität darstelle. Von daher gelte es zu verdeutlichen, daß die Geschlechtlichkeit ihren menschlichen Ort in festen Bindungen habe. Gerade wenn man den zweiten Schritt ernst nimmt, ist nicht einzusehen, wieso eine staatliche Behörde wegen des ersten kirchlich kritisiert werden müßte. se

Warnsignale?

Die Unionsparteien und die Katholiken

Unterdurchschnittlich war die Wahlbeteiligung, überdurchschnittlich waren die Verluste der Unionsparteien in Wahlkreisen mit überwiegend katholischer Bevölkerung bei der Januar-Wahl zum Deutschen Bundestag. Zwar spiegelt sich das, was die Wahlforscher trocken die „strukturelle Traditionsklientel“ nennen, immer noch deutlich genug im Wahlergebnis wider: Die CDU schnitt in katholischen Hochburgen mit 54,6% wesentlich besser ab als in den Wahlkreisen mit dem höchsten Protestantenanteil (39,3%). Umgekehrt lag die SPD in protestantischen Hochburgen bei 42,4, in katholischen nur bei 28,4%. Es gab aber auch gegenüber früheren Wahlen Veränderungen im Wählerverhalten, die durchaus mehr sein könnten als die Verlängerung altbekannter Trends.

Daß die Unionsparteien im Durchschnitt in Wahlkreisen mit hohem katholischem Bevölkerungsanteil mit 5,4% überdurchschnittlich abnahmen, könnte – als Gesamtergebnis – noch als Fortsetzung des inzwischen gewohnten Abschleifens der jeweiligen Hochburgen entdramatisiert werden. Wenn allerdings in traditionell katholischen und unionsgeneigten Wahlkreisen vom Emsland bis Oberschwaben Wähler in Scharen zu Hause geblieben sind oder ihre Parteipräferenz geändert haben, muß dies den C-Parteien zu denken geben. Im katholischen Südwürttemberg-Hohenzollern beispielsweise waren die Stimmeinbußen der CDU mit 7,9% mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt (die geringsten Verluste hatte die CDU im übrigen mit 0,2% im protestantisch-säkularisierten Hamburg zu verzeichnen). In zahlreichen kleinen Gemeinden mit katholi-

scher Bevölkerung und bisher hohen CDU-Ergebnissen gab es Verluste bis zu 20%.

Ein Grund dafür ist schnell ausgemacht: Die betreffenden Regionen sind durchweg ländlich geprägt, die C-Parteien bekamen den Frust der Bauern zu spüren. Allerdings wäre es mit Sicherheit kurzschlüssig, darin den einzigen Grund für die auffälligen Verluste zu suchen. Es ist zweifellos mehr als eine Mutmaßung, daß sich dahinter auch Irritationen und Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Kirche und C-Parteien verbergen. Engagierte Katholiken vermissen das „christliche Profil“ an den Unionsparteien – sei es beim Schutz des ungeborenen Lebens oder in der Entwicklungspolitik, sei es in der Haltung zu Ausländern und Asylanten oder in der Umweltpolitik. Die Unionsparteien ihrerseits scheinen sich so sehr auf ihre Mehrheitsfähigkeit als Volkspartei und auf den politischen Alltagspragmatismus zu konzentrieren, daß das C im Parteienamen dabei irgendwo am Horizont verschwimmt, statt zur Kursbestimmung beizutragen.

Es könnte jetzt Folgen zeitigen, daß katholische Kirche und C-Parteien sich auf der Basis vermeintlich stabiler Gemeinsamkeiten über Jahre hin gegenseitig mehr instrumentalisiert als intensiv wahrgenommen haben. Beide haben zwar jeweils Unterstützung für ihre Sache von der anderen Seite erwartet (und gegebenenfalls angemahnt), aber daher zu wenig die Entwicklung des jeweils anderen mitvollzogen und mitgestaltet. Das gilt für „stramme“ Laien und kirchliche Amtsträger, die von der Union eine katholische Politik erwarten, ebenso wie für Unionspolitiker, bei denen außer Kritik an unbequemen kirchlichen Stellungnahmen vom Bezug auf das C nichts übriggeblieben zu sein scheint.

Vor dem gerade bei der vergangenen Wahl deutlich sichtbar gewordenen Dilemma der Volksparteien, sich für neue Wählerschichten öffnen und gleichzeitig ihr Profil und ihre Stammwähler bewahren zu müssen, steht offenkundig nicht nur die SPD.